



# Mächtige Quasselbude

**Europawahl** Ein Sitz im Europaparlament bringt mehr Einfluss als einer im Bundestag. Aber der Macht-hunger der EU-Abgeordneten ist nicht gestillt. Regierungen und EU-Kommission werden es bald merken.

Es ist ein sonniger Montagabend im April, und auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments steht ein einziger Punkt: bloß nicht ernst genommen werden. Im Plenarsaal von Straßburg, rund 200 000 Quadratmeter Nutzfläche, 1133 Büros, 321 Tage im Jahr unbenutzt, werden die One-Minute-Speeches aufgerufen, eine Minute lang darf jeder Abgeordnete sagen, was er will, so schreiben es die Regeln des Hohen Hauses vor.

Es treten auf: Catherine Stihler, sozialdemokratische Europaabgeordnete aus Großbritannien. Mit bebender Stimme erinnert sie an einen gewissen John Muir, geboren am 21. April 1838 in Schottland, Vater der modernen Umweltbewegung – sagt jedenfalls die Britin. Es folgt der Deutschgriechen Jorgo Chatzimarkakis, noch Vertreter der FDP und ertappter Promotionsplagiator. Er hält einen Spazierstock und eine Wollmütze hoch. Die hät-

ten einem griechischen Pensionär gehört, der sich wegen der europäischen Sparmaßnahmen umgebracht habe, sagt Chatzimarkakis: „Zeigt ein wenig Mitgefühl!“ Schließlich erhebt sich der fraktionslose österreichische Volksvertreter Hans-Peter Martin, der vor dem Abgeordneten Ehrenhauser warnt, weil der angeblich private E-Mails von Parlamentarierkollegen hacke.

Kaum einer hört zu, die Stuhlreihen im Saal sind verwaist, die Redner blicken stur geradeaus. Ihre Mitarbeiter werden die Videos der Einminüter später auf YouTube hochladen, damit die Wähler daheim mitkriegen, was für eine wichtige Rede ihr Abgeordneter wieder für Europa gehalten hat.

Es ist der ganz gewöhnliche Wochenauftakt einer Volksvertretung, der das Karlsruher Bundesverfassungsgericht gerade bescheinigt hat, immer noch kein richtiges Parlament zu sein.

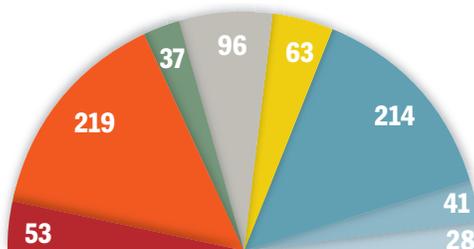
Es ist ein Parlament, das einem Wanderzirkus gleicht, da es jeden Monat für eine Sitzungswoche umziehen muss, von Brüssel nach Straßburg und wieder zurück, die europäischen Verträge sehen es nun einmal so vor, rund 200 Millionen Euro im Jahr kostet die Pendelei. Die bald 751 Abgeordneten werden nach 28 unterschiedlichen nationalen Wahlgesetzen gewählt, ihre Worte in 24 Amtssprachen übertragen und in drei Alphabete, Lateinisch, Griechisch und Kyrillisch. Mehr als tausend Übersetzer sind damit beschäftigt, über eine Million Seiten Sitzungsunterlagen pro Jahr für die Abgeordneten aufzubereiten, auch für jenen rumänischen Parlamentarier, der als „Mr. Ja“ gilt, weil er mehr als 540-mal in Folge stur mit Ja stimmte, egal wie der Antrag lautete. Ein europäischer Volksvertreter kassiert schließlich nur dann das volle Sitzungsgeld, wenn er mindestens die Hälfte der namentlichen Abstimmungen mitmacht,

FOTO: PATRICK SEIGER / DPA

**Prognose zur neuen Sitzverteilung**

des EU-Parlaments nach den Wahlen 2014\*

- Vereinte Europ. Linke/Nordische Grüne Linke **GUE/NGL**
- Progressive Allianz der Sozialdemokraten **S&D**
- Die Grünen/Europäische Freie Allianz **G/EFA**
- Fraktionslose



- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa **ALDE**
- Europäische Volkspartei **EVP**
- Europäische Konservative und Reformierte **ECR**
- Europa der Freiheit und Demokratie **EFD**

\* 751 Sitze; Berechnung aus nationalen Wahlumfragen, Quelle: scenaripolitici.com, 28. April

DER SPIEGEL

immerhin 304 Euro pro Tag, natürlich zusätzlich zu den monatlichen Diäten in Höhe von 8229 Euro.

Es ist ein Jahrmarkt der Eitelkeiten und Albernheiten, doch sich davon blenden zu lassen wäre so falsch, wie Jürgen Klopp nur einen polternden Proleten zu nennen und nicht auch einen ernsthaften Fußballlehrer. Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich das EU-Parlament zu einer der wichtigsten parlamentarischen Versammlungen des Planeten gemausert, belagert von rund 20 000 Lobbyisten.

Wenn Europa beschließt, ob und wie marode Banken künftig gerettet werden sollen, wenn Edward Snowden zur NSA-Spionage aussagen soll, wenn der Rahmen eines epochalen transatlantischen Freihandelsabkommens mit den USA gezimmert wird, dann sind Europas Abgeordnete längst keine Zaungäste der europäischen Politik mehr.

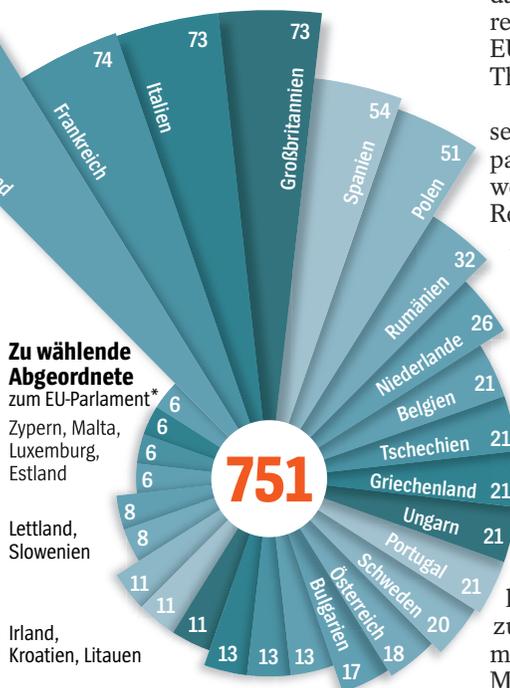
Zwar dürfen sie nur wie eine Art europäischer Bundesrat Gesetze blockieren oder verbessern, statt sie selbst einzubringen. Doch ohne ihre Zustimmung läuft mittlerweile bei rund 90 Prozent aller EU-Vorhaben gar nichts. In der letzten Sitzungswoche vor den Wahlen warten auf die Abgeordneten nicht weniger als 170 Abstimmungen. Sie wollen das Recht auf ein Konto für alle EU-Bürger festlegen, die europäische Finanzmarktordnung auf eine neue Grundlage stellen, den Verbrauch von Plastiktüten einschränken – und ganz nebenbei die Macht in Europa fast komplett übernehmen.

Das Parlament hat nämlich durchgesetzt, dass Europas Staats- und Regierungschefs den nächsten Kommissionspräsidenten im Lichte des Ergebnisses der Parlamentswahlen vom 22. bis 25. Mai bestellen müssen. Der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz und der konservative Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker hoffen auf den Spitzenposten, zwei Tage nach den Wahlen wird das Ringen darum mit einer Sitzung im Parlament beginnen. Längst sieht sich das Hohe Haus als politischen Nabel Europas.

Seit 34 Jahren ist Elmar Brok dabei, er vertritt die Region Ostwestfalen-Lippe. Bauernschläue sagt man den Menschen in diesem Landstrich nach, und Christdemokrat Brok – blonde Föhnfrisur, Goldknöpfe am Jackett – lässt sein gackerndes Lachen durch die Blümchenbar des Parlaments schallen wie durch eine Dorfkneipe.

Sein Terminkalender hat globales Format: Treffen mit amerikanischen Senatoren, Teilnahme an der Sitzung der EU-Außenminister, Auftritte auf dem Maidan in Kiew. „Heute um 15 Uhr will mich Barroso sprechen“, erzählt Brok stolz, der Kommissionspräsident habe um ein Vieraugengespräch gebeten. Brok ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, die Amerikaner nehmen ihn ernst, weil er in der NSA-Affäre Klartext sprach, die Russen nehmen ihn ernst, weil er wie kein Zweiter die ukrainische Demokratiebewegung unterstützt hat. CDU-Granden staunten nicht schlecht, als der klein gewachsene Brok bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang des Jahres den zwei Meter großen Vitali Klitschko durch die Gänge des Bayerischen Hofes dirigierte. Brok hatte schon vor Jahren den Kontakt zum Ex-Boxweltmeister aufgebaut, weil er ahnte, dass dieser eine wichtige Rolle in der ukrainischen Politik spielen würde.

In der Blümchenbar von Straßburg erzählt Brok, wie er an fast allen Verhandlungen seit Maastricht teilgenommen hat. „Mit jeder Änderung der EU-Verträge hat das Parlament mehr Macht bekommen“, sagt der Konservative. „Gegen uns kann in Europa nichts mehr entschieden werden.“



**Zu wählende Abgeordnete**

zum EU-Parlament\*\*

- Zypern, Malta, Luxemburg, Estland
- Lettland, Slowenien
- Irland, Kroatien, Litauen
- Dänemark, Finnland, Slowakei

751

\* 2014; Quelle: EU-Parlament

Anfang der Fünfzigerjahre, zur Zeit der Montanunion, gab es nur eine „Gemeinsame Versammlung“ mit überwiegend beratender Funktion. Nach Inkrafttreten der Römischen Verträge 1958 wollte sich das Gremium „Europäisches Parlament“ nennen, doch das scheiterte am Widerstand der Mitgliedstaaten. Lange Zeit führte die Versammlung ein Schattendasein, damals wurde der Spruch geprägt: „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa.“ Erst 1979 gab es die erste Direktwahl, seit 1987 trägt das Europäische Parlament seinen Namen. Mit dem Vertrag von Maastricht 1993 wurde das Parlament erstmals an der Gesetzgebung beteiligt, die Verträge von Amsterdam (1997), Nizza (2003) und Lissabon (2009) weiteten das Mitspracherecht der Abgeordneten auf nahezu alle Politikbereiche aus.

Für die neue Macht des Parlaments steht der Grüne Jan Philipp Albrecht, 31, St.-Pauli-Fan und „taz“-Leser, der zur Generation Kapuzenpulli gehört. Noch vor ein paar Jahren saß er als Praktikant in dem kleinen Büro, an dessen Tür seine Mitarbeiter den Aufkleber „Spaßburg“ gepinnt hatten. Er trieb sich auf Demos gegen G-8-Gipfel herum, er träumte von einer Karriere als Journalist. Aber dann fragte ihn jemand, ob er sich nicht auch Politik vorstellen könne, und seine Antwort war: Wenn, dann nur in Europa. Datenschutz, Bürgerrechte, diese Themen würden längst auf EU-Ebene entschieden. „Und es waren die Themen, über die ich schreiben wollte.“

Mittlerweile schreibt Albrecht an Gesetzen. Als Berichterstatter des Europaparlaments hat er das Datenschutz-Regelwerk von EU-Justizkommissarin Viviane Reding bearbeitet, nicht weniger als 3999 Änderungsanträge reichten seine Abgeordnetenkollegen bei ihm ein. Parlamentsneuling Albrecht setzte durch, dass global operierende Internetkonzerne bei Verstößen gegen den Datenschutz bis zu fünf Prozent des Jahresumsatzes als Strafe zahlen sollen.

Zwar haben die EU-Regierungen das Vorhaben vorerst blockiert. Doch Google, Facebook oder Amazon dürften neben der zuständigen Kommissarin kaum einen gewichtigeren Gegenspieler in Europa kennen als den schmalen Albrecht. „So schnell so viel Einfluss zu bekommen ist nur in einem Umfeld möglich, in dem jeder Abgeordnete eigene Mehrheiten organisieren kann, unbelastet von Koalitionsspielchen“, sagt er. Für Al-

## Europas Parteienblöcke ähneln einem losen Zusammenschluss freier politischer Unternehmer.

brecht war Europa bislang eine Erfolgsgeschichte, während Altersgenossen im Berliner Bundestag „ab und zu mal mit Ja oder Nein stimmen dürfen“. Doch er wird nachdenklich, wenn er an Europas Zukunft denkt. Macht und Einfluss habe das Parlament mittlerweile, jetzt komme es darauf an, den Kontakt zum Souverän herzustellen. „Das ist die Achillesferse hier“, sagt Albrecht. „Die Lobbyisten sind so nahe dran, und die Bürger sind so weit weg.“

Dietmar Reich ist nahe dran. Der elegante Jurist mit halblangen Haaren gilt als ein Doyen der EU-Interessenvertretung. Sein Rat als Partner einer internationalen Wirtschaftskanzlei ist bei deutschen Landesregierungen genauso gefragt wie bei türkischen Unternehmern. „Kein Lobbyist kann das Parlament mehr ignorieren“, sagt er. Aber Reich merkt, dass es immer voller um ihn wird. Einige Hundert Lobbyisten zählte er vor 17 Jahren, als er in Brüssel anfang. Als das Parlament dieses Jahr über strengere Vorschriften bei der Zigarettenwerbung abstimmt, mobilisierte allein der Tabakkonzern Philip Morris genügend Interessenvertreter, um mehrere Hundert Abgeordnete zu bearbeiten.

Elmar Brok galt in Brüssel lange als Mr. Bertelsmann, da er bis Mai 2011 für das Medienunternehmen als „Senior Vice President Media Development“ arbeitete, Nebenverdienst: zwischen 60 000 und 120 000 Euro jährlich. Und als die „Sunday Times“ vor einigen Jahren Journalisten in verdeckter Mission losschickte und EU-Abgeordneten Geld für Gefallen anbot, zeigten sich mehrere Parlamentarier gesprächsbereit. Ob die Vermögensklärungen korrekt sind, wird indes nicht kontrolliert, hat Transparency International gerade kritisiert. Auch Versuche, ein verpflichtendes Lobbyregister einzuführen, laufen immer wieder fehl.

Wer will die Abgeordneten schon zur Ordnung rufen? Wer im Bundestag etwas werden will, muss sich an die Regeln der Fraktionen halten. Europas übernationale Parteienblöcke ähneln hingegen einem losen Zusammenschluss freier politischer Unternehmer.

Nicht alle davon sind an einem gedeihenden Europa interessiert. Umfragen sagen für die Wahlen bis zu 30 Prozent für radikale Europagegner voraus. 31 dieser kritischen Abgeordneten sind in der Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ vereint, die angeführt wird von Nigel Farage, Chef der britischen Anti-Europa-Partei Ukip. Farage hat auf seinem Tisch im Parlament einen Union Jack platziert,

die britische Flagge ist ihm näher als die Europafahne. Nicht weit entfernt residiert Marine Le Pen von Frankreichs Front national, die Europa einen „Albtraum“ nennt und mit berüchtigten Populisten wie dem Niederländer Geert Wilders eine Allianz der Europahasser anstrebt.

Könnten sie Ende Mai das Parlament kapern? „Aber hoffentlich doch“, sagt Paul Murphy, 31, ein höflicher junger Mann. Murphy hält wenig von den Rechten, er vertritt die marxistische sozialistische Partei Irlands. Aber er hält viel davon, das EU-Parlament lahmzulegen, den „ausführenden Arm der neoliberalen Verschwörung gegen Europas Arbeiterklasse“. Murphy betreibt seit Jahren Obstruktionspolitik, mit Anträgen, Verzögerungen, schlichtem Nerven. „Meine Aufgabe hier ist der Widerstand“, sagt er lächelnd. Parlamentarische Zusammenarbeit, gar Koalitionen, lehnt er ab: „Meine Kollegen sind keine Monster, aber sie stehen für eine monströse Europapolitik.“ Gäbe es mehr europafeindliche Abgeordnete, ob von links oder rechts, würde das Parlament weniger Schaden anrichten, sagt Murphy. Sein Wunsch könnte sich erfüllen. Auch europakritische Linke hoffen auf kräftige Zuwächse. In Griechenland dürfte die Oppositionspartei Syriza die Wahlen gewinnen, ihr Vorsitzender Alexis Tsipras ist Spitzenkandidat der europäischen Linken und warnt vor einem „sozialen Holocaust“ in Europa.

Den Staats- und Regierungschefs würde Chaos im Parlament in die Hände spielen. Sie wollen ihren Einfluss bei der Besetzung der Kommissionsspitze nicht an die Spitzenkandidaten des Parlaments abgeben. „Es gibt keinen Automatismus“, sagt Kanzlerin Angela Merkel zu den Jobchancen ihres eigenen Kandidaten Juncker, und auch Ratspräsident Herman Van Rompuy machte seine Vorbehalte gegen die Ansprüche des Europaparlaments jüngst öffentlich. Sollten wieder nur 43 Prozent der Bürger an der Europawahl teilnehmen, ließen sich die Wünsche der Parlamentarier leichter ignorieren.

Doch könnten Merkel und Co. die Rechnung ohne Klaus Welle gemacht haben. Welle, 49, Oberlippenbart, heller Anzug mit großen Karos, ist Generalsekretär des Europaparlaments, ein unscheinbarer Beamter mit leiser Stimme; aber das, was vor ihm auf dem Tisch liegt, birgt politischen Sprengstoff. Es ist ein DIN-A3-Blatt

mit den Kompetenzen des Parlaments. Grün gefärbt sind Aufgaben, die das Europaparlament bereits erfüllt – Verhandlungen mit Rat und Kommission zum Beispiel. Gelb, also noch nicht ausreichend umgesetzt, ist zum Beispiel die Kontrolle darüber, wie Gesetze umgesetzt werden. Rot, also bislang nur auf dem Papier vorhanden, ist die Idee, mit den anderen EU-Institutionen ein Programm zu vereinbaren, das im Laufe einer Legislaturperiode abgearbeitet wird.

„Man könnte es einen Koalitionsvertrag nennen“, sagt Welle. Nach seinem Konzeptpapier ginge es nach der Europawahl also nicht nur darum, welcher Spitzenkandidat Kommissionspräsident wird. Es ginge auch darum, mit welchen politischen Absichten Juncker oder Schulz sich ihre Mehrheit im Europaparlament organisieren. Sie sind auf eine Koalition angewiesen, denn dass die Konservativen oder die Sozialdemokraten eine absolute Mehrheit holen, ist allen Umfragen nach ausgeschlossen.

Generalsekretär Welle hat sich auch schon Gedanken gemacht, was in einem solchen Koalitionsvertrag stehen könnte. Dazu zieht er eine 63-seitige Studie mit dem Titel „Zuordnung der Kosten des Nicht-Europas“ hervor. Darin sind die wichtigsten Initiativen genannt, die das Parlament in der abgelaufenen Legislaturperiode vorgeschlagen, die EU-Kommission oder die Mitgliedstaaten aber nicht umgesetzt haben. Allein die Schaffung eines einheitlichen digitalen Marktes könnte die Jahreswirtschaftsleistung der EU um 260 Milliarden Euro steigern, der Abbau weiterer Handelsschranken im EU-Binnenmarkt um weitere 235 Milliarden Euro. Eine Energie-Union, bei der die 28 Mitgliedstaaten gemeinsam gegenüber Energielieferanten auftreten, könnte die Kosten um weitere 50 Milliarden Euro verringern. Insgesamt, so

das Ergebnis der Studie, könnte Europa 800 Milliarden Euro pro Jahr sparen, würden die Ideen des Parlaments umgesetzt.

Die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien, Martin Schulz und Jean-Claude Juncker, kennen die Studie – und wollen sich daraus bedienen, wenn sie dem Parlament ihr „Regierungsprogramm“ vorlegen. „Die Abgeordneten wollen schließlich nicht nur wissen, wen sie zum Kommissionschef wählen, sondern auch, wofür der steht“, sagt Juncker.

Der Wanderzirkus könnte sich über einen weiteren Machtzuwachs freuen – und wäre endgültig im politischen Zentrum Europas angekommen.

Gregor Peter Schmitz, Christoph Schult

### Pläne des EU-Parlaments

Effizienzpotenzial pro Jahr

**260 Mrd. €**

Verbesserung des digitalen Binnenmarkts

**235 Mrd. €**

Ausbau des Binnenmarkts für Verbraucher

**50 Mrd. €**

Integrierter Energiemarkt

Quelle: EU-Parlament